



Inhaltsverzeichnis

14.11.2025	Mitteldeutsche Zeitung - Bitterfelder Zeitung: Kein Atommüll in Dessau-Roßlau	3
14.11.2025	Lausitzer Rundschau Hoyerswerda: Atommüll-Endlager – Sachsens Wissenschaftsminister will Lausitz als Standort ausschließen lassen	4
14.11.2025	Deister- und Weserzeitung: Atommüll in den Kreis Holzminden?	5
13.11.2025	AZ online (Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide): Suche nach Atommüll-Endlager Diese Orte in Niedersachsen kommen infrage	6

Kein Atommüll in Dessau-Roßlau

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat die geologischen Bedingungen zur Lagerung von hochradioaktiven Abfällen untersucht.

Von Thomas Steinberg

Dessau-Rosslau/MZ. In Dessau-Roßlau und Umgebung wird es kein Endlager für hochradioaktive Abfälle geben. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat einen weiteren Zwischenbericht und neue Karten veröffentlicht und darin Dessau-Roßlau neben vielen anderen Gebieten als wenig geeignet ausgeschlossen.

Geologische Kriterien

Nicht die Bedeutung der Stadt oder die Schönheit der Landschaft waren entscheidend. Derzeit spielt es keine Rolle, ob sich an der Oberfläche eine Großstadt befindet oder nicht, sagte Sönke Reiche von der BGE während einer öffentlichen Videokonferenz.

Entscheidend ist in der ersten Suchphase allein der Untergrund. Roßlau gehörte von Anfang an zu den 46 Prozent der Landesfläche, die wegen geologischer Gegebenheiten ausgeschlossen wurden.

Anders Dessau. Geologisch liegt es in einer der 90 Teilzonen, die von der BGE grundsätzlich als tauglich eingestuft wurden. Genauer gesagt liegt es in der Mitteldeutschen Kristallinzone, die sich – mit Unterbrechungen – vom Spreewald aus in südwestlicher Rich-

tung über Erfurt bis Frankfurt/Main erstreckt. Geologisch gesehen erfüllt das Gestein bislang die Mindestanforderungen, die für ein mögliches Endlager gelten: stabil, hitzebeständig, dicht und wasserunlöslich.

So zumindest in der Theorie. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich, dass der Dessauer Untergrund verformt und zerklüftet ist: Hier überlagern sich zwei überregionale geologische Störungen mit mehreren kleineren – für ein Endlager sind das absolute Ausschlusskriterien.

Auch in Dessaus Umgebung wurde bislang kein passender geologischer Aufbau gefunden – der momentan nächstgelegene findet sich westlich von Halle in 50 Kilometer Entfernung.

Die detaillierte Analyse einiger nähergelegener Teilgebiete, etwa bei Bernburg, steht noch aus – könnte sich als untauglich oder geeignet erweisen. 2027 sollen alle Teilgebiete bewertet sein, danach engt die BGE den Suchkorridor noch weiter ein und schlägt vor, welche Standorte detailliert erforscht werden sollen.

Seit Jahrzehnten sucht Deutschland nach einem Endlager für radioaktive Abfälle – und hat wie alle Staaten, in de-

nen auf Atomkraft gesetzt wurde oder wird, bislang keines gefunden. Einzige Ausnahme ist Finnland.

1977 brachte die niedersächsische Landesregierung einen Salzstock in Gorleben ins Spiel. Nicht nur die Geologie spielte eine Rolle, sondern auch die Tatsache, dass die Region sehr dünn besiedelt ist, an der Grenze zur DDR lag und wenig Konflikte erwartet wurden. Ein Irrtum: Die Proteste im Wendland waren heftig.

Politischer Neustart

Erst 2013 erfolgte ein politischer Neustart: Mit dem Standortauswahlgesetz wird Deutschland zu einer weißen Fläche, die zunächst ausschließlich nach geologischen Kriterien bewertet wird.

Aus Bayern hieß es zwar sofort (und bis heute), dass der Freistaat ungeeignet sei – doch das aktuelle Update zeigt: Die BGE hat sich von Söders Polemik nicht beeindrucken lassen und Gebiete mit möglicher geologischer Stabilität ausgewiesen. In Frage kommen nur Gebiete, deren geologische Strukturen für einen Zeitraum von einer Million Jahren als stabil eingestuft werden. Und genau das gilt nicht für den Untergrund von Dessau.

Wörter:	442	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	17 bis 17	Auflage ¹ :	6.939 (gedruckt)
Ressort:	Lokal		7.436 (verkauft)
Rubrik:	Bitterfeld		7.937 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,02382 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Atommüll-Endlager – Sachsens Wissenschaftsminister will Lausitz als Standort ausschließen lassen

Sächsischer Wissenschaftsminister sieht die Pläne des Großforschungszentrums DZA und ein Atommüll-Endlager nahe Bautzen als unvereinbar.

Hoyerswerda/Görlitz. Knapp zwei Wochen, nachdem die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren aktuellen Zwischenbericht zur Standortsuche nach einem Atommüll-Endlager veröffentlicht hat, hat sich jetzt Sachsens Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow (CDU) an die Behörde gewandt. In dem Bericht wird unter anderem auch ein Gebiet der Strukturwandelregion Lausitz als weiter zu untersuchender potenzieller Standort für ein Atommüll-Endlager ausgewiesen.

In seinem Schreiben an die Bundesgesellschaft spricht sich der Minister jetzt dafür aus, von einer weiteren Betrachtung dieses Gebietes in den Landkreisen Bautzen und Görlitz abzusehen. Aus seiner Sicht komme der Standort nach der Entscheidung, hier das Großforschungszentrum „Deutsches Zentrum für Astrophysik“ (DZA) aufzubauen, nicht mehr als Standort für ein Endlager in Betracht.

Zu den Plänen des DZA gehört es, im Lausitzer Granitmassiv zwischen Bautzen und Hoyerswerda eine unterirdische Forschungsstruktur zu errichten. Vorgesehen ist es, in der Region ein Untergrundlabor „Low Seismic Lab“ zu betreiben, das in absolut störungsfreier Umgebung unter Tage für die Durchführung hochsensibler wissenschaftlicher Experimente von entscheidender Bedeutung ist. Dieses Projekt als Teil des Großforschungszentrums mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von etwa 1,2 Milliarden Euro ist eine der großen Strukturwandelmaßnahmen im Freistaat Sachsen.

„Die wissenschaftliche Nutzung und die damit verbundenen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Region Lausitz stehen im eindeutigen Widerspruch zu einer möglichen Nutzung des Gebietes als Endlager“, erklärte Staatsminister Gemkow.

Für die Wissenschaftler des Deutschen Zentrums für Astrophysik sind die Zwischenergebnisse der Bundesgesellschaft für Endlagerung indes keine Überraschung. Die geologischen Vorteile der Region sind ja auch der Grund, hier das geplante Untergrundlabor zur errichten. Zudem werde die Lausitz derzeit als möglicher Standort für das europäische Großprojekt Einstein-Teleskop untersucht – ein unterirdisches Observatorium zur Erforschung von Gravitationswellen.

„Diesen geologischen Schatz der Lausitz wollen wir als Katalysator nutzen, um die Region zu einer starken Wissenschafts- und Hightech-Region zu entwickeln“, sagte Prof. Günther Hasinger, wissenschaftlicher Geschäftsführer des DZA. Ein Endlagerbetrieb wäre mit den geplanten hochempfindlichen Experimenten im Untergrund unvereinbar. #cw

Wörter:	325	Jahrgang:	74
Autor/-in:	Catrin Würz	Nummer:	265
Seite:	13	Ausgabe:	Nebenausgabe
Ressort:	LOKALES	Auflage ¹ :	2.260 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		1.913 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		1.966 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,00984 (in Mio)

Urheberinformation: ©LR Medienverlag und Druckerei GmbH

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Atommüll in den Kreis Holzminden?

Einige Gebiete für ein Endlager schon ausgeschlossen

Rund 27 000 Kubikmeter radioaktiver Müll sollen in einem unterirdischen Endlager abgeschirmt werden. Deutschlandweit wird nach einem passenden Standort dafür gesucht – auch im Kreis Holzminden. Was die Untersuchungen dort bisher ergeben haben.

maurice lubina

KREIS HOLZMINDEN. Wo soll das Endlager für rund 27 000 Kubikmeter radioaktiven Müll entstehen? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) seit einiger Zeit. Deutschlandweit wird nach einem passenden Standort gesucht. Niedersachsen gilt dabei als Favorit und besonders gut geeignet. Grund dafür sind die günstigen geologischen Eigenschaften des Bodens. Aber gilt das auch für den Kreis Holzminden? Hat man dort bereits geeignete Flächen festgestellt?

Im Dezember 2024 gab die BGE bereits bekannt, dass das Gebiet um Boffzen, Fürstenberg, Derental und Lauenförde ungeeignet ist. Nun wurden weitere Ergebnisse der Untersuchungen veröffentlicht.

Ob sich ein Gebiet für ein Endlager eignet, hängt vor allem von den Eigenschaften des Bodens ab. Der hochradioaktive Müll soll unterirdisch gelagert und dort möglichst für eine Million Jahre abgeschirmt werden. Damit das gelingt, braucht es zwischen der Erdoberfläche und dem Endlager mindestens 300 Meter ausreichend mächtige Gesteinsschichten aus Kristallgestein (zum

Beispiel Granit), Steinsalz oder Tongestein.

Die Erkenntnisse der BGE zeigen, dass dies vor allem in einem großen Gebiet rund um die Region Hannover gegeben ist. Der Kreis Holzminden gehört bislang aber noch nicht zu den geeigneten Standorten. Das geht aus dem „Endlager Navigator“ der BGE hervor. Dabei handelt es sich um eine digitale Karte, die zeigt, welche Gebiete geeignet oder ungeeignet sind und wo derzeit noch Ergebnisse ausstehen. Letzteres trifft zum Großteil auf den Kreis Holzminden zu. Ob es hier also tatsächlich flächendeckend keine Eignung für ein Endlager gibt, kann noch nicht gesagt werden.

Dennoch können einige Flächen bereits ausgeschlossen werden. So eignen sich bislang Boffzen, Fürstenberg, Derental und Lauenförde nicht für ein radioaktives Mülldepot. Auch ein großes Gebiet zwischen Pegestorf, Golmbach, Holenberg, Eschershausen, Stadtoldendorf und Wangelnstedt bietet offensichtlich keinen geeigneten Boden. Gleiches gilt für Heinade, Schießhaus, Delligsen, Polle, Kirchbrak, Halle, Holzen. Zu beachten gilt allerdings, dass die genannten Ortschaften zum Teil an Gebiete grenzen, für die die Untersuchungsergebnisse noch ausstehen.

Im Landkreis Hötter ist man schon etwas schlauer. Hier wird kein Endlager entstehen, wie der „Endlager Navigator“ zeigt. In anderen Nachbarkreisen wartet man noch auf einige Ergebnisse.

Die bisher, von Holzminden gesehen, am nächsten geeigneten Orte für ein Endlager befinden sich zum aktuellen Zeitpunkt etwa bei Bad Münder am Deister, Pattensen (Region Hannover), Achtmum (Hildesheim), Sehle (Wolfenbüttel) sowie im Harz in der Nähe von Braunlage. Weitere geeignete Gebieten liegen in Süd- und Ostdeutschland. Den größten Anteil hat bislang aber Niedersachsen.

Nach Angaben der BGE sollen die Untersuchungen bis Mitte 2026 abgeschlossen sein. Ende 2027 werden dann konkrete Vorschläge für mögliche Standorte genannt. In den 2030er-Jahren erfolgen dann weitere, genauere Erkundungen dieser Gebiete.

Bis 2050 soll ein Lager gefunden werden. Die Inbetriebnahme kann ab diesem Zeitpunkt auch noch weitere Jahrzehnte dauern. Eine Beschleunigung des gesamten Prozesses schließt die BGE aber auch nicht aus.

Insgesamt soll in dem Endlager rund 27 000 Kubikmeter hochradioaktiver Müll untergebracht werden. Bislang wird dieser noch in 16 oberirdischen Zwischenlagern aufbewahrt. Vier davon befinden sich in Niedersachsen.

Ob sich ein Gebiet für ein Endlager eignet, hängt vor allem von den Eigenschaften

des Bodens ab.

Wörter: 530
Seite: 19
Ressort: Bodenwerder
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Nummer: 265
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 12.894 (gedruckt)
11.960 (verkauft)
12.234 (verbreitet)
0,0318 (in Mio)
Reichweite²:

Urheberinformation: (c) Deister- und Weserzeitung Verlagsgesellschaft mbH Co. KG

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Suche nach Atommüll-Endlager Diese Orte in Niedersachsen kommen infrage

Suche nach Atommüll-Endlager: Diese Orte in Niedersachsen kommen infrage
In Niedersachsen kommen mehrere Regionen als mögliche Atommüll-Endlager infrage. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat nun neue Ergebnisse vorgelegt.

Hannover/Peine – Wohin mit dem radioaktiven Abfall, der vor allem durch die Nutzung von Atomkraftwerken entsteht? Die Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll wird konkreter: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat neue Ergebnisse ihrer Sicherheitsuntersuchungen vorgelegt. Mehrere Regionen in Niedersachsen gelten als potenzielle Standorte.

Anfang November hat die BGE mit Sitz in Peine den neuen Stand der Endlager-suche und die Einschätzungen der Experten und Expertinnen zu 29 der insgesamt 90 Teilgebiete veröffentlicht. Große Bereiche Norddeutschlands müssen demnach noch auf ihre Eignung untersucht werden, für Niedersachsen zeichnet sich jedoch bereits ein differenzierteres Bild ab, das online einsehbar ist. Nach Eingabe des Wohnortes zeigt sich auf der interaktiven Deutschland-Karte, ob das Gebiet, in dem man wohnt, potenziell als Endlager für Atommüll erhalten könnte.

Atommüll-Endlager: Diese Regionen in Niedersachsen werden in Betracht gezogen

Es betrifft in Niedersachsen mehrere Regionen, die danach weiterhin auf der Liste möglicher Endlager-Standorte stehen – insbesondere der Großraum

Braunschweig und Hannover sowie Gebiete in und um Osnabrück. Diese Gebiete haben die bisherigen Prüfschritte erfolgreich durchlaufen und werden in den kommenden Phasen des Auswahlverfahrens detaillierter untersucht.

Gleichzeitig hat die BGE Teile verschiedener Landkreise als ungeeignet klassifiziert. Das gilt etwa für Regionen in den Landkreisen Cloppenburg, Emsland, Vechta und Diepholz, die aufgrund ungünstiger geologischer Bedingungen nicht mehr für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Betracht gezogen werden. Auch maritime Gebiete an der Nordseeküste vor den ostfriesischen Inseln Borkum und Wangerooge sind inzwischen ausgeschieden.

„Klarheit für betroffene Regionen“: Umweltminister fordert Tempo bei der Endlagersuche

Während im Vorjahr noch 44 Prozent der deutschen Landesfläche als grundsätzlich geeignet galten, sind es nach den neuesten Bewertungen nur noch 25 Prozent. Niedersachsens Umwelt- und Energieminister, Christian Meyer, erklärte, man müsse bei der Endlagersuche dennoch schneller vorankommen, um endlich mehr Klarheit für die betroffenen Regionen zu schaffen: „Gerade wegen der zahlreichen Zwischenlager in Niedersachsen tragen wir hier eine besondere Verantwortung – und brauchen mehr Tempo im Verfahren“.

Obwohl Deutschland im April 2023 seine letzten Kernkraftwerke stillgelegt hat, bleibt das Erbe der Atomenergie bestehen. Rund 27.000 Kubikmeter

hochradioaktiver Abfall aus über sechs Jahrzehnten Kernkraftnutzung warten auf eine dauerhafte Lösung. Die Herausforderung ist gewaltig – das künftige Endlager muss den strahlenden Müll über eine Million Jahre sicher verwahren.

Atom-Zwischenlager in Niedersachsen nur als Übergangslösung gedacht

Aktuell ist der Atommüll provisorisch in sechzehn oberirdischen Zwischenlagern quer durch die Republik verteilt, bestätigt das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). In Niedersachsen gibt es unter anderem Zwischenlager im Landkreis Wolfenbüttel, Gorleben, in der Gemeinde Stadland im Landkreis Wesermarsch und in Brunsbüttel. Diese Lösung war jedoch von Anfang an nur als Übergangslösung gedacht. Bereits seit 2017 läuft daher das bundesweite Suchverfahren nach einem geeigneten Endlager-Standort – ein Prozess, der noch Jahre dauern wird und eine hohe technische wie gesellschaftliche Anforderung darstellt.

Bis aber tatsächlich feststeht, wo genau die hoch radioaktiven Abfälle Deutschlands zukünftig untergebracht werden sollen, wird es noch dauern. Wie lang genau, scheint aktuell nicht absehbar zu sein. Die BGE weist darauf hin, dass die veröffentlichten Arbeitsstände noch keine verbindlichen Ergebnisse sind: „Die Entscheidung über die Standortregionen trifft schließlich das Parlament.“

Wörter: 493
Autor/-in: Ulrike Hagen
Rubrik: Niedersachsen
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 7.961.272

Weblink: <https://www.az-online.de/niedersachsen/suche-atommuell-endlager-orte-in-niedersachsen-braunschweig-osnabrueck-hannover-norddeutschland-94036644.html>

¹ von PMG gewichtet 09-2025